

# Backnanger Kreiszeitung

Murrta-Bote  
Amtliches Bekanntmachungsblatt für



Backnanger Tagblatt  
den Rems-Murr-Kreis und die Große Kreisstadt Backnang

**Zusteller**  
(m/w/d)  
gesucht  
Telefon 071 91/808-112  
**Backnanger Kreiszeitung**

Nummer 293

Donnerstag, 17. Dezember 2020

Einzelpreis Euro 2,00 E 1445 A

## Lokales

### Stadt und Kreis



#### ► 21 • Höfliger liefert an Pfizer

Der Coronaimpfstoff von Pfizer und Biontech wird bald mit Maschinen von Harro Höfliger verpackt. Der Allmersbacher Mittelständler liefert drei Anlagen nach Belgien. An seinem Backnanger Standort in den Lerchenäckern entsteht derzeit die erste Anlage.

#### ► 21 • Weniger Notbetreuung

Schulen und Kitas sind wieder geschlossen, die Träger mussten Notbetreuungen organisieren. Im Vergleich zum Frühjahr nehmen weniger Eltern das Angebot in Anspruch, viele wollen das Risiko einer Quarantäne über Weihnachten vermeiden.



#### ► 22 • Orientalische Krippen

Als Schaufensterdekorateur für Reformhäuser und Apotheken hat Rolf Hirsch vor vielen Jahren den international bekannten Modell- und Krippenbaumeister Peter Riml kennengelernt. Mittlerweile baut Hirsch selbst meisterhaft orientalische Krippen.

### Rems-Murr-Sport

#### ► 10 • Zwei verschenkte Punkte

Die Leistung hat gepasst, die Ausbeute nicht. Denn beim 1:1 gegen den FC 08 Homburg war für Großaspachs Regionalliga-Fußballer ein Sieg drin. Die dickste Chance auf ein zweites Tor vergab Marvin Cuni, als er in der 51. Minute einen Foulelfmeter verschoss.

### Ihr direkter Draht zu uns

- Anzeigen 071 91 / 808-114 anzeigen@bkz.de
- Vertrieb 071 91 / 808-138 leserservice@bkz.de
- Redaktion 071 91 / 808-170 redaktion@bkz.de
- Fax 071 91 / 808-111

### ► 16 • Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
13565,98 Pkt. +203,11 Pkt.	3543,00 Pkt. +21,50 Pkt.	1,2189 Dollar +0,49 Cent

### ► 19 • Wetter



Mittags 11°  
Nachts 2°  
Teils Sonnenschein, meist aber neblig-trüb



## Trauer um den König der Chöre

Chor-Legende Gotthilf Fischer ist mit 92 Jahren gestorben. „Er hatte einen schönen Tod“, sagte seine Managerin unserer Zeitung, „er ist am Freitag daheim bei der Familie sanft eingeschlafen.“ Erst nach der Beerdigung wurde die Öffentlichkeit informiert.

► Seite 3

Foto: Zikunell.de

## Tattoos und Haare: Regeln für Beamte beschlossen

Dienstherren können äußeres Erscheinungsbild beanstanden.

**BERLIN.** Die Möglichkeiten zum Tragen einer Tätowierung werden für Polizisten und Soldaten gesetzlich eingeschränkt. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundeskabinett am Mittwoch in Berlin verabschiedet. Danach kann das Tragen von sichtbaren Tätowierungen, Schmuck oder einer bestimmten Haartracht vom Dienstherren untersagt werden, wenn dadurch „die amtliche Funktion“ eines Beamten beeinträchtigt wird. Zur Begründung heißt es, Staatsdiener müssten mit ihrem Erscheinungsbild „Rücksicht auf das ihrem Amt entgegengebrachte Vertrauen“ nehmen.

Ähnliche Regelungen gibt es zwar bereits, die beruhen aber nur auf Verwaltungsvorschriften oder Erlassen. Weil es sich jedoch um einen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht handelt, hatte das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2017 eine gesetzliche Regelung angemahnt. Hintergrund war damals der Prozess gegen einen Polizisten, der wegen rechtsextremer Tattoos seinen Beamtenstatus verloren hatte. (dpa)

## Rentenberater: Viele Bescheide sind fehlerhaft

Der Rentenbescheid informiert darüber, wie viel Geld Ruheständler je Monat erhalten. Es lohnt sich, ihn zu prüfen: Zahlendreher oder falsche Angaben können sich auf die Höhe der Rente auswirken.

VON KLAUS DIETER OEHLER

**STUTTGART/BERLIN.** Die Zahl fehlerhafter Rentenbescheide ist auch durch mehrere Änderungen bei der Berechnung nicht viel kleiner geworden. „Nach wie vor werden vor allem Schul- und Ausbildungszeiten nicht richtig bewertet“, sagte Anke Voss, Präsidentin des Bundesverbandes der Rentenberater. Dadurch falle für viele Rentner die Zahlung kleiner aus, als sie sein sollte.

Allerdings könnten die Versicherten schon frühzeitig selbst darauf achten, dass solche Fehler vermieden werden, erklärte die Beraterin. Alle Unterlagen, vom Schulabschluss bis zum Renteneintritt, sollten Versicherte sorgfältig aufbewahren, da nur so eine lückenlose Auflistung der versicherungspflichtigen Zeiten gewährleistet sei.

Auch bei der Rentenversicherung, die die Bescheide bearbeitet, würden schließlich nur Menschen arbeiten, so Anke Voss. Und die haben derzeit schon mehr als genug zu tun, um etwa die Rentenbescheide derjenigen zu prüfen, die vom kommenden Jahr an ein Recht auf die neue Grundrente haben – allein in Baden-Württemberg sind das rund 160 000 Männer und Frauen. Eine jährliche Überprüfung der gemeldeten Daten ist da-

5

Jahre

Beitragszeiten sind nötig und in der Regel ab der Vollendung des 27. Lebensjahres, dann versichert die Rentenversicherung die Renteninformation.

160 000

Männer und Frauen allein in Baden-Württemberg haben vom kommenden Jahr an ein Recht auf die neue Grundrente.

her sinnvoll, betont die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg.

Gegen fehlerhafte Bescheide könne man allerdings auch später noch Widerspruch einlegen, im Erfolgsfall würden die fehlenden Beträge für bis zu vier Jahre nachgezahlt. 2018 legten 148 000 Rentner Widerspruch gegen ihren Bescheid ein. In 1000 Fällen war dieser vor Gericht erfolgreich. In 35 000 weiteren Fällen wurden von der Deutschen Rentenversicherung Bescheide nachträglich korrigiert.

Eine bessere Übersicht über die Lage im Alter, auch über die gesetzliche Rente hinaus, will die aktuelle Koalition in Berlin durch die Einführung eines digitalen Rentenportals erreichen.

Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte sich aufgeschlossen gegenüber einem Vorstoß aus der Linksfraktion für staatliche Zuschüsse zu freiwilligen Beitragszahlungen von Arbeitnehmern an die gesetzliche Rentenversicherung. „Das Modell würde mich interessieren, damit werde ich mich beschäftigen“, sagte sie am Mittwoch in der Regierungsbefragung im Bundestag. Auch sie sehe bei der Ruster-Rente Reformbedarf. Allerdings halte sie diese bislang „nicht für falsch“, so Merkel weiter.

## Drohnen-Blockade der SPD erntet scharfe Kritik

Verteidigungsministerin befürwortet die Beschaffung bewaffneter Drohnen.

**BERLIN.** Die Entscheidung der SPD, der Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen nicht zuzustimmen, sorgt für Debatten. Fraktionsvize Gabriela Heinrich sagte dem „Tagesspiegel“: „Wir stehen für den bestmöglichen Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten, die wir in oftmals gefährliche Auslandseinsätze schicken.“ Aber die SPD verstehe sich „auch als Friedenspartei, die die Folgen dieser neuen Dimension des Einsatzes bewaffneter Drohnen als Angriffswaffe erst diskutiert wissen will“, so Heinrich weiter.

Das Bundesverteidigungsministerium kritisierte die SPD-Entscheidung scharf. „Der Verzicht auf die Beschaffung bewaffneter Drohnen setzt das Leben unserer Soldatinnen und Soldaten aufs Spiel“, heißt es in einer Erklärung. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) befürwortet die Beschaffung der israelischen Drohne Heron TP samt Bewaffnung. (AFP)

► Kommentar

## Notfallmediziner warnen vor Panikmache

Robert-Koch-Institut: Genügend Intensivbetten

**BERLIN/STUTTGART.** In Deutschland gibt es trotz der angespannten Corona-Lage noch Kapazitäten auf den Intensivstationen. Überregionale Verlegungen seien möglich, erklärten der Verband der deutschen Intensivärzte und das Robert-Koch-Institut (RKI). Das Gesundheitssystem sei stark belastet. „Wir stehen aber derzeit NICHT am dem Punkt, Priorisierungen von Patienten vornehmen zu müssen.“ Zuvor hatte eine Meldung aus Sachsen, dass in einer Klinik nicht mehr alle Patienten hätten behandelt werden können, für Aufsehen gesorgt.

Deutschland ist zum zweiten Mal seit dem Beginn der Pandemie in einen harten Lockdown gegangen. Seit Mittwoch sind bundesweit Geschäfte weitgehend geschlossen, ebenso Schulen und Kitas.

Die Gesundheitsämter übermittelten dem Robert-Koch-Institut am Mittwoch 952 weitere Todesfälle und 27 728 Neuinfektionen. Vor einer Woche waren 20 815 Neuinfektionen und 590 Todesfälle gemeldet worden. Die hohen Zahlen jetzt erklären sich

zum Teil auch durch Nachmeldungen von Daten vom Vortag durch das Bundesland Sachsen.

Fast drei Viertel der Deutschen finden den harten Lockdown richtig. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Yougov unterstützen 73 Prozent die weitgehende Schließung von Geschäften, Schulen und Kitas. Nur 20 Prozent lehnen dies ab, sieben Prozent machten keine Angaben. Selbst von den Wählern der AfD, die Corona-Beschränkungen besonders kritisch sieht, ist demnach eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für den harten Lockdown.

Die Entschädigungsregeln für Eltern, die wegen der Schließung oder des eingeschränkten Betriebs von Kindertagesstätten und Schulen nicht zur Arbeit gehen können, werden wegen des erneut verhängten Lockdowns ausgeweitet. Eine entsprechende Ergänzung des Infektionsschutzgesetzes brachte das Bundeskabinett am Mittwoch auf den Weg. (AFP/dpa/StN)

► Seiten 2 und 3

### Kommentar

## Gegenschlag

Die SPD blockiert die neue Drohne und schadet damit den Soldaten.

VON MATTHIAS SCHIERMEYER

Die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion, die Bewaffnung der neuen Bundeswehr-Drohne zu blockieren, birgt in mehrfacher Hinsicht eine hohe Brisanz. Parteiintern ist dies ein großer Erfolg für den linken Flügel um die Ulmer Abgeordnete Hilde Mattheis. Nicht erhört wurden die eigenen Verteidigungspolitiker, inklusive der Wehrbeauftragten. Die hatten sich auf Grundlage von Zugeständnissen des Verteidigungsministeriums dafür ausgesprochen, die geleaste israelische Drohne vom Typ Heron TP vom nächsten Jahr an mit Raketen zu bestücken.

Mit der Entscheidung der Blockade hat sich die SPD-Partei- und -Fraktionsführung von übergeordneten Interessen leiten lassen. Denn es geht weniger darum, ob es die im Koalitionsvertrag vereinbarte „ausführliche völkerrechtliche, verfassungsrechtliche und ethische Würdigung“ von solchen Killerdrohnen tatsächlich gegeben hat oder nicht. Vielmehr setzen Fraktionschef Rolf Mützenich wie auch die beiden Vizepräsidenten Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans ein klares Signal für ein rot-rot-grünes Bündnis nach der Bundestagswahl: Die Bewaffnung der unbemannten Flugzeuge ist alles andere als ein Gewinnerthema beim Wahlvolk, weil schon zu viele Unschuldige durch solche Raketen getötet wurden. Eine positive Entscheidung der Genossen hätte ihre Wunschallianz wohl erschwert.

Nun liegt das Projekt auf Eis – und wie die nächste Bundesregierung darüber befindet, ist völlig offen. Den Schaden haben aber auch die Bundeswehrosoldaten, die auf ein wertvolles Instrument in Kampfsituationen weiter verzichten müssen. Diese Entwicklung dürfte ihre Motivation nicht heben.

matthias.schiermeyer@stzn.de

## Finanzämter wahren Weihnachtsfrieden

**STUTTGART.** Auch im Corona-Winter 2020 wahrt der baden-württembergische Fiskus den sogenannten Weihnachtsfrieden. In der Zeit vom 21. Dezember bis einschließlich Neujahr verzichten die Finanzämter auf Vollstreckungsmaßnahmen und Außenprüfungen, teilte das Finanzministerium am Mittwoch mit.

„Durch die steuerlichen Hilfen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sind Vollstreckungen bei Unternehmen mit Schwierigkeiten aufgrund der Pandemie schon seit Monaten ausgesetzt. Der Weihnachtsfrieden erstreckt sich nun auf sämtliche Forderungen“, teilte Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) mit. Ausnahmen werden den Angaben nach bei drohenden Verzögerungen gemacht. (dpa)